

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Geschäftsverwalter:  
Gris Wittinghaus, Berlin.  
Verleger: Emil Schlegel 4295/4296



Redaktion für Verlag und Geschäftsverwalter:  
Berlin W 20 61, Tele. Wilhelmstr. 114 6  
Telegraphisch: Geydell 12

Die Zeitung wird im Colloredo-Druckwerk in Berlin gedruckt.  
Der Inhalt ist nur auf Grund eigener Nachrichten und Berichte der Redaktion zu entnehmen.  
Der Verlag übernimmt keine Verantwortung für die Meinungen der Mitarbeiter.

Berlin, den 14. Febr. 1933.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

## Zweierteil Recht?

Der Ueberwachungsausschuss wieder gesprengt Hitlers Kameraden die Urheber.

SPD. Die nationalsozialistischen Mitglieder der gegenwärtigen Reichsregierung haben ohne jeden Vorbehalt den Eid auf die geltende demokratisch-republikanisch-parlamentarische Staatsverfassung geleistet. Indes bemühen sich die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten um den Nachweis, dass ihre Partei an der alten antiparlamentarischen und verfassungsfreundlichen Einstellung nachdrücklich festhält. Ihr Verhalten, das sie auch am Dienstag im Ueberwachungsausschuss des Reichstags wieder an den Tag legten, erinnert daran, dass sie bereits im Juli vorigen Jahres die Tagungen dieses Ausschusses verhindern wollten. Damals weigerte sich der nationalsozialistische Vorsitzende den Ausschuss trotz eines Verlangens der Mehrheit einzuberufen. Der Ausschuss tagte dann ohne die Nationalsozialisten. Der Ueberwachungsausschuss des am 6. November 1932 gewählten Reichstags ist nun von den Nationalsozialisten bereits zweimal auseinandergesprengt worden. Das erste Mal - vor acht Tagen - bedienten sich die Nationalsozialisten des Vorwandes, dass ihr Führer von dem Vorsitzenden des Ausschusses während des Wahlkampfes in Lippe beleidigt worden sei. Am Dienstag erklärten sie ganz offen, dass sie eine Tagung des Ausschusses unter einem "marxistischen" Vorsitzenden überhaupt nicht mehr dulden würden.

Nach der Geschäftsordnung des Reichstags steht die Handhabung der Ordnungsgewalt im Reichstag dem Reichstagspräsidenten zu. Er hat insbesondere die Würde und die Rechte des Reichstags zu wahren und seine Arbeiten zu fördern. Er allein übt nach der Verfassung das Hausrecht und die Polizeigewalt im Reichstagsgebäude aus. Er ist verpflichtet, die Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und gegen polizeiwidrige Zustände jeder Art, allenfalls mit Hilfe der staatlichen Behörden, einzuschreiten. Reichstagspräsident ist gegenwärtig der Nationalsozialist Göring, der gleichzeitig das Amt eines Reichsministers und Reichskommissars in Preussen bekleidet. Herr Göring ist nach der ersten Sprengung des Ausschusses vom Vorsitzenden Löbe auf seine Befugnisse und Pflichten gegenüber den nationalsozialistischen Störenfriedern hingewiesen worden. Aus der Presse musste er Kenntnis davon haben, dass die Nationalsozialisten abermals die Störung der Verhandlungen des Ausschusses beabsichtigten. Trotzdem hat er nichts dagegen unternommen. Er hält es also für überflüssig, oder sieht sich seinen Parteifreunden gegenüber nicht mehr in der Lage, den einzigen Organen der Volksvertretung nach der Auflösung des Reichstags bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags, den sogenannten ständigen Ausschüssen, das verfassungsrechtlich garantierte Arbeiten zu ermöglichen. Das beweist, dass wir in einen Zustand hineingeraten sind, der sich mit der Verfassung nicht mehr vereinbaren lässt.

Dieser Tatsache gegenüber sind die eigentlichen Beweggründe der National

sozialisten für ihr Vorgehen nebensächlicher Art. Auf der Tagesordnung des Ausschusses standen auch Anträge zur Sicherung der Wahlfreiheit und die Frage der Weiterberatung der Osthilfe-Angelegenheit. Wie unangenehm den betroffenen Kreisen die Weiterberatung des Osthilfeskandals wäre, ist bekannt. Angesichts der zahlreichen, nicht selten recht merkwürdig begründeten Presse- und Versammlungsverbote im Reich wäre den Nationalsozialisten als Regierungspartei wohl auch die Erörterung der Wahlfreiheit recht peinlich gewesen. Die Reichsregierung hätte nämlich auch ihnen gegenüber den Standpunkt vertreten müssen, dass nach Art. 125 der Reichsverfassung Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis gewährleistet sind und dass deshalb jede amtliche Wahlbeeinflussung, wie jede gewaltsame Einwirkung einer Partei auf die Wähler verboten ist und zur Nichtigkeit der Wahl führen muss.

Besonders bedauerlich und beschämend sind die Vorgänge in der letzten Sitzung des Ueberwachungsausschusses deshalb, weil der Vorsitzende Löbe bereits mit einer Trauerkundgebung für die Opfer von Neunkirchen begonnen hatte und den sozialdemokratischen Antrag auf Zuwendung von 10 Millionen Mark an die Geschädigten vorweg beraten lassen wollte. Ebenso wurde die Beratung eines Antrages auf Massnahmen gegen die Stilllegung der Zeche Sachsen verhindert. Die fortschreitende Verwilderung unserer politischen Sitten geht daraus hervor, dass ausgerechnet ein Vertreter der Rechtspflege, der nationalsozialistische Rechtsanwalt Frank II, den Vorsitzenden beiseite stiess, und dass im Getümmel ein Volksvertreter, der deutsche Volksparteiler Morath, von den Nationalsozialisten mit Fauschlägen misshandelt wurde. Das deutsche Strafgesetzbuch bedroht die "Heldentaten" der Nationalsozialisten Streicher, Heines, Frank usw. mit Zuchthausstrafe nicht unter 5 Jahren. Man hat bis jetzt nichts davon gehört, dass die Täter auf Anordnung der Staatsanwaltschaft sofort oder im Laufe des folgenden Tages ergriffen und vor den Schnellrichter gestellt worden wären. In diesem Falle hätte ihnen die Immunität, auf die sie zu sündigen pflegen, nichts genutzt. Die Unterlassung dieser Massnahme zeigt eine Schwäche der Staatsgewalt, die das Vertrauen und die Autorität und Unparteilichkeit des Rechtsstaates untergraben muss.

Die nichtnationalsozialistischen Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen, haben sich wegen der Vorkommnisse teils an den Reichspräsidenten als den obersten Hüter der Verfassung, teils an die Öffentlichkeit gewendet. Das deutsche Volk hat ein Recht darauf zu wissen, ob Recht und Verfassung gegen jede Gruppe, insbesondere gegen die Anbeter der brutalen Gewalt, aufrechterhalten werden oder ob man gedenkt, die Republikaner und mit ihnen die Mehrheit des Volkes in Zukunft unter Ausnahmerecht zu stellen. Wir müssen auf diese Fragen eine klar Antwort unsomehr erwarten, als von ihrem Inhalt abhängt, was wir zur Abwehr zu tun haben.

-----

SPD. München, 14. Februar (Eig. Drahtb.)

Die diktatorische Einsetzung von Reichsratsbevollmächtigten durch die preussische Kommissariatsregierung stösst bei der bayerischen Regierung auf den allerschärfsten Widerstand. Sie wird deshalb in der Donnerstag-Sitzung des Reichsrats die neuernannten preussischen Reichsratsmitglieder nicht als wirkliche Bevollmächtigte anerkennen und bei der für Mittwoch im Gebäude der bayerischen Gesandtschaft in Berlin angesetzten Vorbesprechung der süddeutschen Regierungen einschliesslich Hessens, Sachsens und der Hansastädte in der gleichen Richtung ihren Einfluss geltend machen.

Die bayerische Regierung begründet ihre Haltung mit folgender Rechtsauffassung: Ein Reichsrat, in dem die der preussischen Staatsregierung unmittelbar zustehenden Reichsratsstimmen von einem Reichsorgan instruiert werden, ist kein Reichsrat mehr, wie er in der Reichsverfassung vorgesehen

ist. Der Reichsrat ist ausschliesslich ein Organ der Länder. Ein Land Preussen, dessen Befugnisse im Reichsrat durch die Reichsorgane ausgeübt werden, gibt es nach der deutschen Reichsverfassung nicht. Wer das nicht anerkennen wird, setzt sich über die geltende Verfassung hinweg und beraubt das deutsche Reich seiner Rechtsgrundlagen. Ein Reich, in dem Preussen durch die Reichsregierung instruiert wird, ist nicht mehr das Reich der Verfassung. Die Existenz der deutschen Länder als Glieder eines Bundesstaates beruht ausser auf ihren historischen und natürlichen Lebensrechten auf dem Recht der Verfassung. Es muss daher für die Länder ausgeschlossen sein, ihre Hände zu Massnahmen zu bieten, die die Grundlagen der staatlichen Organisation des Reiches erschüttern, ohne dass eine neue Rechtsgrundlage geschaffen ist, die nur im Zusammenwirken aller rechtsschöpfenden Organe des Reichs gefunden werden kann.

+ + +

Die Reichsratsvertreter der Regierung Braun, die Ministerialdirektoren Brecht, Badt und Cosmann sind von der Kommissariatsregierung in den "einstweiligen Ruhestand" versetzt worden.

-----

SPD. Die Sprengung der Dienstag-Sitzung des Ueberwachungsausschusses durch Nationalsozialisten hat die sozialdemokratischen Mitglieder dieses Ausschusses zu folgender öffentlichen Erklärung veranlasst :

"Die nationalsozialistischen Mitglieder des Ueberwachungsausschusses haben bereits am 7. Februar 1933 eine Sitzung des Ueberwachungsausschusses durch gewaltsame Störungen verhindert. Der Vorsitzende des Ausschusses hat daraufhin den Reichstagspräsidenten ersucht, auf Grund seiner präsidialen Befugnisse die weitere Tätigkeit des Ausschusses zu ermöglichen.

Trotzdem haben heute die nationalsozialistischen Mitglieder des Ueberwachungsausschusses, die ordnungsgemäss einberufene Sitzung abermals unter Anwendung von körperlicher Gewalt gegen den Vorsitzenden des Ausschusses und tätlichen Angriffen gegen den Abg. Morath der Deutschen Volkspartei gesprengt. Diese Handlungsweise stellt das Verbrechen nach §§ 105 und 106 des Reichsstrafgesetzbuches dar.

Wir stellen fest, dass der Herr Reichstagspräsident, obwohl er von den Drohungen der nationalsozialistischen Ausschussmitglieder, alle künftigen Sitzungen des Ausschusses gewaltsam zu verhindern, in Kenntnis gesetzt war, nichts zum Schutze des Ausschusses getan hat. Durch diese Vorgänge ist erwiesen, dass das verfassungsmässige Recht des Ausschusses, die Rechte der Volksvertretung zu wahren, nicht mehr gewährleistet und damit die Verfassung gebrochen ist."

+ + +

Im Namen der Zentrumsparlei hat der Reichstagsabgeordnete Wegmann an den Reichstagspräsidenten wegen der Vorgänge in der Dienstag-Sitzung des Ueberwachungsausschusses ein Protestschreiben gerichtet und Herrn Göring gleichzeitig dringend ersucht, dem Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung die Ausübung seiner verfassungsmässigen Rechte unverzüglich zu ermöglichen und zu gewährleisten.

Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei hat Herrn Göring ebenfalls einen Protestbrief übermitteln lassen. Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei hat von Herrn Göring wegen der Beleidigung seines Fraktionsfreundes Morath sofortige Genugtuung gefordert.

-----

SPD. Der Vorstand des Arbeiter-Radio-Bundes erlässt mit dem Titel "Abmelden oder nicht" einen Aufruf, dem wir u.a. folgendes entnehmen:

"Der schwerste Kampf des Proletariats hat begonnen. Am 5. März wird die nächste Schlacht geschlagen. Die neuen Machthaber Hitler-Papen-Hugenberg haben sich hierzu des Rundfunks bemächtigt und ihn in den Dienst ihrer Propaganda gestellt. Der Rundfunk ist nicht mehr was er sein sollte, wichtigstes Kulturinstrument; er wird zur politischen Sprechbühne der neuen Machthaber. Besonders wird die Berichterstattung so einseitig politisch werden, dass alle Meldungen mit äußerster Vorsicht aufgenommen werden müssen.

Trotzdem fordert der Bundesvorstand des ARB. alle Rundfunkhörer auf, den Rundfunk nicht abzumelden. Der Kampf um den Rundfunk kann heute nicht mehr nur vom Standpunkte des Hörers aus betrachtet werden, sondern er ist zu einem Teile des politischen Kampfes der Arbeiterklasse überhaupt geworden. Die freiheitlichen Rundfunkhörer würden der Reaktion nur einen Dienst erweisen, wenn sie ihre Opposition gegen die einseitige Politisierung des Rundfunks durch Abbestellung ausschalten würden.

Wer den Rundfunk abbestellt, handelt jetzt genau so unvernünftig wie der Spiessbürger, der nicht mehr zur Wahl gehen will, weil es ja doch nichts nützt. Hört euch an, in welcher Art man von der Arbeiterklasse und allen freiheitlich Gesinnten im Rundfunk spricht. Der Hass der jetzigen Machthaber gegen die sogenannten Marxisten wird in uns die Widerstandskraft und Empörung steigern. Hört euch alle die Hassgesänge aufmerksam an und klärt die indifferente Masse von Mund zu Mund auf! Arbeitet mit uns an der Zusammenfassung aller freiheitlich gesinnten Rundfunkhörer! Protestiert immer und immer wieder in persönlichen schriftlichen Beschwerden an die Sendegesellschaften gegen jede einseitige politische Einstellung des Rundfunks. Haben die Proteste der freiheitlichen Hörer Herrn Scholz weggeschwemmt, so wird die Opposition der freiheitlichen Rundfunkhörer auch diese neue nationalsozialistische Flut zum Versiegen bringen."

-----

SPD. Stuttgart, 14. Februar (Eig. Dr.)

Interessante Richtlinien für die Naziwahlredner wurden in Stuttgart auf einer Tagung der nationalsozialistischen Bezirksvertrauensleute bekannt gegeben. Als Hauptreferenz legte der Gaugeschäftsführer, der württembergische Landtagsabgeordnete Schmidt, die den einzelnen Parteien gegenüber einzuschlagende Taktik in folgender Weise fest:

"1. Gegenüber den Deutschnationalen und dem Stahlhelm gilt die Parole: wohlwollende Neutralität! In deutschnationalen Wahlversammlungen dürfen unter keinen Umständen Nationalsozialisten als Diskussionsredner auftreten. Hier wurde von verschiedenen Teilnehmern der Zwischenruf "Osthilfe" gemacht. Schmidt erwiderte sichtlich nervös: "Daran können Sie vielleicht persönlich denken, aber darüber sprechen dürfen Sie niemals." "Es könnte sein," fuhr er fort, "dass die Bildung des Kampfblockes Schwarz-weiss-rot die Neutralität zerschlage; aber in diesem Falle werden rechtzeitig die entsprechenden Instruktionen ausgegeben." 2. Die Parole gegenüber dem Zentrum ist: Nichtbeachten, solange es nicht angreift (kurztreten). Der politische Hintergrund sei klar, man müsse das Zentrum jederzeit gegen die Deutschnationalen ausspielen können. 3. Parole gegenüber den bürgerlichen Mittelparteien ist ebenfalls: Nichtbeachten! 4. Der Hauptstoss bei der kommenden Wahl gelte dem Marxismus. Gegenüber der SPD müsse man Tag für Tag die bisherigen Skandale breittreten unter der Parole: Schluss mit der Luderwirtschaft. Der KPD gegenüber müsse man planmässig Depressionen schaffen und den kommunistischen Arbeitern immer wieder einhängeln: Es hat überhaupt keinen Sinn, wenn ihr wählt, der Laden fliegt ja sowieso in Bälde auf."

Deutlicher als in diesen taktischen Richtlinien konnte der Nachweis kaum erbracht werden, dass die Nationalsozialisten sich jeder antikapitalistischen Zielsetzung, mit der sie bisher Wähler aus der Arbeiterschaft gewonnen hatten, restlos begeben haben und dass ihre Parole im Grunde nicht anders lautet als: Gegen den Kapitalismus darf überhaupt nichts gesagt und der Skandal der Osthilfe muss vertuscht werden. Diese Richtlinien verdienen daher weiteste Verbreitung.

-----

SPD. Hamburg, 14. Februar (Eig. Dr.)

In Hamburg wurde in den letzten Wochen über die Neubildung eines Senats verhandelt, der unter Führung der Nationalsozialisten stehen und von der Staatspartei toleriert werden sollte. Diese Verhandlungen sind jetzt durch eine Absage der Staatspartei gescheitert. Die Nationalsozialisten haben daraufhin die Auflösung der Bürgerschaft beantragt, über die am 24. Februar beschlossen werden soll.

-----

SPD. Karlsruhe, 14. Februar (Eig. Dr.)

Die badische Regierung hat auf Ersuchen des Reichsinnenministers die "Volkszeitung" in Heidelberg, ein Kopfblatt der "Mannheimer Volksstimme", auf die Dauer von fünf Tagen verboten.

Das Blatt hatte in einem Artikel u. a. die Anfrage an die badische Regierung gerichtet, ob sie bereit sei die Rundfunkrede Hitlers in Baden anschlagen zu lassen. Bei dieser Gelegenheit war der Aufruf, der in ganz Deutschland einen ungeheuren Proteststurm ausgelöst hat, einer Kritik unterzogen worden. Der Reichsinnenminister erblickte darin den Tathestand der Beschimpfung und Verächtlichmachung.

-----

SPD. Ein Hugenberg nahestehendes Telegrafienbüro verbreitet die Meldung, dass der fünffache Minister als Reichskommissar für die Osthilfe einen neuen Ausschuss zur Untersuchung der Misstände in der Osthilfe und im Siedlungswesen einsetzen wolle. Dieser Ausschuss solle in der Hauptsache aus Mitgliedern des gleichzeitig mit dem Reichstag aufgelösten alten Untersuchungsausschusses bestehen.

Vorerst muss man annehmen, dass es sich hier um eine Zeitungsente, vielleicht sogar nur um eine Reklamenotiz handelt. Der Ueberwachungsausschuss des Reichstages wollte seine mit der Osthilfe vertrauten Mitglieder beauftragen, die Osthilfeuntersuchung weiter zuführen und darüber dem Ueberwachungsausschuss und dann dem Reichstag Bericht zu erstatten. Die Nationalsozialisten haben den Ueberwachungsausschuss jedoch gesprengt und damit die Weiterführung der Osthilfeuntersuchung unmöglich gemacht. Die deutschnationalen Mitglieder des Ueberwachungsausschusses haben dagegen nicht nur keinen Widerspruch erhoben, sondern nicht einmal verschwiegen, dass sie mit der Sprengung des Ausschusses durchaus einverstanden sind. Wenn jetzt Herr Hugenberg trotzdem einen Osthilfeausschuss einberufen will, so müsste man zunächst einmal wissen, welche Rechte dieser Ausschuss haben soll. Erhält er nicht das Recht, so wie die Mitglieder des Untersuchungsausschusses des Reichstages, die Akten einzusehen und über die von ihm festgestellten Mängel, Durchstechereien, Bevorzugungen und Schiebungen einen Bericht mit entsprechenden Vorschlägen zur beschleunigten Beseitigung des Osthilfeskandals zu erstatten, dann würde von vornherein bewiesen sein, dass dieser Ausschuss nur den Zweck hat, von der ungeheuren Erregung, die der Osthilfe-Skandal in ganz Deutschland hervorgerufen hat, für die Wahlzeit abzulenken.

-----

SPD. Breslau, 14. Februar (Eig. Drahtb.)

Das Zentrumsorgan für das nordwestliche Schlesien, die "Neisser Zeitung", ist wegen Verächtlichmachung der Reichsregierung auf drei Tage verboten worden. Eine nähere Begründung des Aufsehen erregenden Verbots liegt noch nicht vor. Die "Neisser Zeitung" ist eines der ältesten und angesehensten Organe der katholischen Bevölkerung Oberschlesiens.

-----

SPD. Was die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg im Schilde führt - muss man das noch beweisen? Auf dem Berliner Parteitag der Deutschnationalen haben einige Leute aus ihrem Herzen keine Mördergrube gemacht und ganz offen erklärt, wohin der neue Kurs steuert. So wies auf der kommunalpolitischen Kundgebung der Deutschnationalen Volkspartei Dr. Marezky darauf hin, dass es sich jetzt nicht um einen gewöhnlichen Regierungswechsel, sondern um den Beginn einer nationalen, allerdings legalen Staatsumwälzung handle.

Das Rad der Geschichte soll zurückgedreht werden. Wie weit zurück, das sagt man einstweilen nur vertraulich. Man sagt es vor allem den Herrschaften, die jetzt den Wahlkampf der Deutschnationalen Volkspartei von Gross-Berlin an finanzkräftige Persönlichkeiten folgendes als vertraulich bezeichnete Schreiben gerichtet :

"Sehr geehrter Herr!

Mit der Berufung der National-Regierung Hitler-Hugenberg-Papen-Seldte durch den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg ist auch für die Wirtschaft ein entscheidender Wendepunkt in der nachkriegszeitlichen Entwicklung eingetreten. Der deutschnationale Parteiführer Dr. Hugenberg ist als Führer der vereinigten wirtschaftlichen Ministerien in Reich und Preussen in diesem Kabinett der sicherste Garant dafür, dass nunmehr eine zielsichere Aufbauarbeit in allen Teilen der Wirtschaft einsetzt, die privatwirtschaftlichen Grundlagen von neuem befestigt und sozialistische Tendenzen aus der Führung der Wirtschaftspolitik ferngehalten werden.

Es kann nicht zweifelhaft sein, dass ein Misslingen der gigantischen Aufgabe, die sich die Regierung Hitler-Hugenberg-Papen-Seldte gestellt hat, sehr leicht das Ende jeder bürgerlichen Ordnung in Deutschland auf unabsehbare Zeit bedeuten kann. Vor diese Alternative ist heute die Wirtschaft in besonderem Masse gestellt."

Das ist deutlich genug. Da aber die Vertrauensseligkeit des deutschen Michels unbegrenzt ist, fügt "Der Deutsche", die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, diesem hochinteressanten Brief folgende Bemerkung hinzu: "Jeder geschulte Gewerkschaftler weiss, was er von der Befestigung der "privatwirtschaftlichen Grundlagen" und der Fernhaltung sozialistischer Tendenzen zu halten hat. Der Begriff sozialistisch geht in der Hugenberg-Partei sehr weit. Was nur irgendwie von Arbeitnehmerseite den Willen der Wirtschaftsführer stört, ist dort sozialistisch. Fernhalten sozialistischer Tendenzen heisst bei der Hugenberg-Partei, Niederhaltung der Arbeitnehmer unter den Willen der "Wirtschaft"."

-----

SPD. Breslau, 14. Februar (Eig. Drahtb.)

In der schlesischen Steinarbeiterstadt Striegau wurden die Schaufensterscheiben der Volksbuchhandlung und der Geschäftsstelle der "Striegauer Volkszeitung" durch Steinwürfe zertrümmert. Die Täter entkamen: Es sind SA-Leute, die an einem Aufmarsch der Nazis im Kreise Striegau teilgenommen haben.

-----



SPD. Frankfurt/Oder, 14. Febr. (Eig. Dr.)

In Frankfurt wurde ein Demonstrationszug der Eisernen Front von schwer bewaffneten Nazis überfallen und beschossen. Zwei Arbeitersportler wurden von den Kugeln getroffen. Einem 62jährigen Arbeitersamariter wurde der Schädel gespalten. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Zahlreiche andere Arbeiter erhielten schwere Schädel- und Knochenverletzungen.

Später zertrümmerten die Helden des Dritten Reiches die Schaufenster der sozialdemokratischen Buchhandlung. Ein Maschinensetzer, der sozialdemokratische Parteisekretär und ein Angestellter des sozialdemokratischen "Volksfreund" wurden beim Verlassen der Druckerei mit Eisenstangen niedergeschlagen. Sie blieben blutüberströmt und schwerverletzt auf der Strasse liegen. Auch die Schaufenster eines Schuhgeschäftes fielen den Rowdies zum Opfer.

Der Ueberfall des Demonstrationszuges war planmässig vorbereitet. Hunderte von Nazis standen bewaffnet auf dem Marktplatz. Als deshalb der Zug auf Veranlassung der Polizei umgeleitet wurde, erfolgte der Ueberfall an der Oderbrücke. Die später folgende Versammlung der Eisernen Front war von Tausenden überfüllt. In der Arbeiterschaft und in weiten Teilen der Bevölkerung herrscht grösste Empörung über die Schandtaten der Nazibanden.

-----  
SPD. Braunschweig, 14. Februar (Eig. Dr.)

Dem Wunsch der Nazis entsprechend hat die braunschweigische Regierung das vom Reichsbanner in Wolfshagen bei Langelsheim eingerichtete Arbeitslager für Jugendliche aufgelöst. In der Begründung wird behauptet, dass dieses Lager, von dem dauernd Ueberfälle und Schlägereien ausgegangen seien, als eine Quelle von Unruhen und Ausschreitungen angesehen werden müsse. Wiederholt seien Nationalsozialisten von den Lagerinsassen verprügelt und niedergeschlagen worden.

Die Wahrheit ist umgekehrt. Die jugendlichen Reichsbannerkameraden waren dauernd dem Terror der Nazibanden ausgesetzt. Erst kürzlich haben sie auf das Schullandheim der weltlichen Schule, dem Schlafgebäude der Arbeitsfreiwilligen, einen Feuerüberfall verübt und das Heim zerstört. Die Störenfriede und Verbrecher blieben von den Behörden unbehelligt. Statt dessen ist jetzt das Lager der überfallenen Reichsbannerleute aufgelöst worden.

-----  
SPD. Neunkirchen, 14. Februar (Eig. Dr.)

Vor drei Jahren, als der inzwischen explodierte Gasbehälter in Neunkirchen gebaut wurde, haben die sozialdemokratischen Vertreter im Gemeinderat protestiert, dass dieser Gasbehälter, der zweitgrösste Europas, mitten in eine bewohnte Gegend gesetzt wurde. Neben dem Gasbehälter läuft eine der belebtesten Strassen des Saargebietes, die Strasse nach Saarbrücken. Hundert Meter weiter befindet sich eine Schule mit 500 Kindern. Zum Glück war die Schule zur Zeit der Explosion leer, sonst wären hunderte von Kindern umgekommen. Die Frau des Schuldieners ist durch die Explosion durch das Fenster ihrer Wohnung auf die Strasse geschleudert worden. Die zerstörten und vom Erdboden vertilgten Wohnhäuser lagen unmittelbar neben der Explosionsstätte.

Die sozialdemokratischen Vertreter im Gemeinderat wurden damals überstimmt.

-----  
SPD. Schwerin, 14. Febr. (Eig. Drahtb.)

Die mecklenburgische Nazi-Regierung hat am Dienstag die gesamte sozialdemokratische Presse Mecklenburgs auf 8 Tage verboten. Angeblich sollen in verschiedenen Artikeln Mitglieder der Reichsregierung böswillig verächtlich gemacht worden sein.

SPD. Paris, 14. Februar (Eig. Drahtb.)

Die von der Kammer gebilligte Finanzvorlage beschäftigt zur Zeit die Finanzkommission des Senats, wo sie keine sehr günstige Aufnahme gefunden hat. Scharf kritisiert werden besonders die Krisensteuer auf die Einkommen und die Herabsetzung der Militärkredite um eine halbe Milliarde. Wahrscheinlich wird der Senat die Vorlage stark abändern, sodass sich die Kammer nochmals damit beschäftigen muss.

-----

SPD. Die Zwangsbeurlaubungen der Preussenkommissare nehmen munter ihren Fortgang. Auch am Dienstag sind wieder eine ganze Reihe Republikaner in höheren Amtsstellen auf die Strasse gesetzt worden. Es sind hauptsächlich Sozialdemokraten und Zentrumsanhänger.

-----

SPD. Zürich, 14. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Schweizerische Hochschulvereinigung für den Völkerbund hatte Hellmut von Gerlach eingeladen, in Zürich über das Thema "Deutschland und der Völkerbund" zu sprechen. Am Dienstag hat die Vereinigung öffentlich mitgeteilt, dass der Vortrag nicht stattfinden könne, da "dem Referenten, als einem bedeutenden Publizisten und Vorkämpfer des demokratischen und pazifistischen Deutschland, von der Reichsregierung der Auslandspass entzogen wurde". Als Begründung sei angegeben worden: "Der Pass in Gerlachs Händen könnte wichtige Belange der deutschen Nation gefährden." Der Passentzug für Gerlach hat in der Schweiz und in den Kreisen des Völkerbundes grösstes Aufsehen, Missbilligung und schwerstes Misstrauen gegen Deutschland erregt.

+ + +

Gerlach ist das unmittelbare Opfer der gegen ihn betriebenen Hetze auf dem jüngsten Berliner Stahlhelmkongress. Dort wurde u.a. die Todesstrafe für Landesverräter wie Gerlach verlangt. Er soll bei einer Rede in Frankreich den Versailler Vertrag gelobt haben. Das Gegenteil ist wahr. Trotzdem hat man den Schwindelbericht eines nationalistischen Hetzblattes zum Anlass genommen, einem Pazifisten und wahren Patrioten seines Passes und damit seiner bürgerlichen Rechte und Ehrenrechte zu berauben, wie es das Gesetz gegenüber Verbrechern gestattet.

In Wahrheit wissen die Stahlhelmer und Nationalisten, was jedem Ausländer und jedem aufmerksamen Leser bekannt sein muss, dass Gerlach von niemandem in seinem Deutschtum und in seiner Vaterlandsliebe übertroffen werden kann. Genau so gut wie ihm, wäre beispielsweise auch dem Vizekanzler von Papen der Pass zu entziehen, der in Paris zwar weniger mit französischen Pazifisten und Deutschfreunden, sondern mit den schlimmsten französischen Reaktionären, Deutschlandhassern und Urhebern des Vertrages von Versailles gesprochen hat. Aber v. Papen, das ist etwas anderes als v. Gerlach. Papen, das ist der Stahlhelm, das ist Schwerindustrie und Kapital. Gerlach aber, ein Mann alten preussischen Adels, der, seiner Klasse abtrünnig, ins Volk gegangen, Pazifist und Demokrat geworden ist: ein solches Verbrechen muss geahndet werden, die Todesstrafe wäre angebracht.

-----

SPD. In Münster hat Prinz Auwi dieser Tage ausgeplaudert, dass man in Preussen nicht allen Anträgen, die bei Herrn Göring einlaufen und ganze Zimmer füllen, sofort entsprechen könne. Das ist eine köstliche Illustration zu dem Sturm nationalsozialistischer Parteibuchinhaber auf die Futterkrippe.

-----



SPD. New York, 14. Februar (Eig. Dr.)

Bei einer Lincolnfeier hat der scheidende Präsident Hoover eine Rede gehalten, die als politisches Testament gelten kann und zugleich als Richtlinie der künftigen Politik der Republikanischen Partei.

Hoover erklärte, Amerika stehe an einem Kreuzweg. Es könne zwischen drei Wegen wählen, zwischen Weltkooperation, Isolierung oder Inflation. Hoover selbst ist für die Rückkehr der Staaten zum Goldstandard und für die Verwendung der Schuldenzahlungen zur Währungsstabilisierung in den Schuldnerstaaten. Bevor dies nicht geschehen sei, dürfe die USA ihre Handelsbarriere und die Zölle nicht senken. Die Bedeutung der Schuldenzahlungen und ihre Wirkungen sei von der Propaganda der europäischen Schuldner stark übertrieben worden. Eine Streichung der Schulden sei abzulehnen.

SPD. Kopenhagen, 14. Februar (Eig. Dr.)

Der kommunistische Abgeordnete des dänischen Reichstags Aksel Larsen ist in Stockholm mit vier russischen Kommunisten verhaftet worden. Larsen wird des Hochverrats beschuldigt.

SPD. "Der Sturm auf die Schreibtische der Amtsstuben hat" - wie die "Deutsche Allgemeine Zeitung", also ein der Hitlerregierung immerhin nahestehendes Organ, verzweifelt ausruft - "beängstigende Formen angenommen." Auch im Reichsarbeitsministerium stehen noch einige Schreibtische, die jetzt geräumt und für neue Männer freigemacht werden sollen.

Die nationalistische "Deutsche Zeitung" richtet am Dienstag Abend an die Regierung die Frage: "Bleibt Dr. Sitzler?" Sie meint, Dr. Sitzler sei nicht in der Lage, die Regelung der Arbeiterfrage "losgelöst von den Gewerkschaften" zu betrachten. Dr. Sitzler habe in Genf mit seiner Forderung, die Arbeit ebenso zu strecken wie die Nahrungsmittel in Hungerszeiten, ein "rein statisches" Denken verraten. Bei ihm fehle jede Spur von einem "dynamischen Denken". "Der gewerkschaftliche Charakter des Denkens des Herrn Dr. Sitzler," so verkündet die "Deutsche Zeitung" tiefsinnig, "kommt darin zum Ausdruck, dass er rein materialistisch eine bestimmte Menge Arbeit in der Wirtschaft erblickt, die jetzt verteilt werden müsste. Nach einer dynamischen Auffassung schafft richtig angesetzte Arbeit neue Arbeitsmöglichkeiten in endloser Kette."

Auch Dr. Sitzler ist also Marxist. Er betrachtet die Frage der Arbeitsbeschaffung "rein materialistisch". Von der Dynamik der Arbeitsbeschaffung hat er keine Ahnung. Er kann die Arbeit nur verteilen, aber nicht schöpferisch vermehren. Eine endlose Kette neuer Arbeitsmöglichkeiten wäre möglich, aber Dr. Sitzler versteht nicht den richtigen Ansatz. Hoffentlich hat nun die "Deutsche Zeitung" den Mann zur Hand, der das Ankerbrot versteht. Ein Perpetuum mobile der Arbeitsbeschaffung wäre ja noch genialer als der Vierjahresplan.

SPD. Saarbrücken, 14. Februar (Eig. Dr.)

Von Papen hat am Dienstag in Saarbrücken einen deutlichen Beweis erhalten, wie die Bevölkerung des Saargebietes über die Hitlerregierung und den Papenkurs urteilt.

Auf seinem Weg nach Neunkirchen war der Vizekanzler im Regierungsgebäude von Saarbrücken abgestiegen. Hierher hatte er auch die Vertreter der deutschen Presse zu einem Empfang gebeten. Die Vertreter der Zentrums Presse, der

sozialdemokratischen, kommunistischen und demokratischen Blätter hatten es jedoch abgelehnt, dem Wunsche des Vizekanzlers zu entsprechen. Die Redaktionen der Zeitungen der Zentrumspartei schickten einen Brief an das saarländische Regierungsmitglied, dass sie angesichts der Behandlung der Zentrumspartei durch Herrn v. Papen nicht imstande seien, an der Pressebesprechung teilzunehmen.

Zentrum, Sozialdemokraten, KPD und Staatspartei bedeuten 5/6 der Bevölkerung des Saargebietes. Die Demonstration gegen Papen findet bei ihr ungeteilten Beifall.

-----

SPD. Neunkirchen, 14. Februar (Eig. Dr.)

Ein gewaltiger Trauerzug begleitete am Dienstag die Todesopfer der Explosionskatastrophe zur letzten Ruhe. Die gesamte Stadt und das weite Land waren zu einem einzigen grossen Trauerhause geworden. Von allen Türmen klagten die Glocken.

Aus den verschiedenen Hospitälern und Leichenhallen wurden mittags die Särge abgeholt. Gegen zwei Uhr vereinigten sich die Züge, es ging vorbei an der Stätte des Grauens und Grausens, vorbei an rauchenden Trümmern zum Marktplatz. Unübersehbar die Zahl der Vereine, Korporationen und Leidtragenden, die schwarz gekleidet und Kopf an Kopf gedrängt zur Trauerfeier zusammengeströmt waren. Saarknappen trugen die Särge zum Riesenkatafalk. Erschütternd waren die Szenen, die sich hier abspielten. Das Schluchzen und Weinen der Angehörigen übertrug sich auf alle Anwesenden. Kinder standen vor den Särgen von Eltern und Geschwistern; Mütter, denen Mann und Kinder dahingerafft wurden. Ganze Familien waren nebeneinander aufgebahrt. Es sind fast ausschliesslich Arbeiter und Angestellte, die Ärmsten der Armen, die getroffen wurden und heimgesucht sind.

Es war gegen  $\frac{1}{2}$  3 Uhr nachmittags, als die Trauerkundgebung begann. Eingeleitet von der Musik und den Klagen Beethovens, gespielt von der Kapelle der Feuerwehr. Es folgte Trauergesang des Arbeitersängerbundes Neunkirchen. Dann sprachen die Geistlichen und schliesslich formierte sich der Zug zum Friedhof. Es mögen 50 000 Menschen gewesen sein, die die Toten begleiteten. An der Spitze das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die Vertreter der Eisernen Front, das Korps der Arbeitersamariter, die Delegationen der freien Gewerkschaften und freien Verbände. Delegationen aller Parteien, Stände, Berufsschichten, Vereinigungen mit ihren Fahnen. In endloser Reihe folgen die Vereine, danach die lange Reihe der Leichenwagen, auf jedem Wagen vier bis fünf Särge. Davor die Kranzabordnungen mit Kranzpenden der freien Gewerkschaften, der Arbeiterorganisationen, der Behörden, der verschiedenen Regierungen. Dann kam die Reihe der offiziellen Behördenvertreter.

In Gedanken folgt das gesamte Saargebiet, in dem von 3 bis 3 Uhr 10 alle Räder still standen.

-----

SPD. Weimar, 14. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Thüringischen Landtag, der am Dienstag nach einer Pause von acht Wochen wieder zusammengetreten war, hielten die Naziminister ausgesprochene Wahlreden. Nur deshalb war der Landtag überhaupt zusammenberufen worden. Die Reden setzten sich zum grossen Teil aus Beleidigungen gegen die "Marxisten" zusammen. Als der sozialdemokratische Abg. Fröhlich dagegen protestierte, wurde er von der Sitzung ausgeschlossen. Eine Debatte über die Reden wurde von der Mehrheit verhindert. - Ehe die ministeriellen Wahlreden stiegen, verlangte die Sozialdemokratie die Behandlung eines Dringlichkeits-Antrages, durch den die Reichsregierung zur sofortigen Aufhebung der von Papen erlassenen Notverordnungen ersucht werden sollte. Die Nazis, vor ihrem Eintritt in die Reichsregierung die eifrigsten Schreier gegen die Papen-Verordnungen, lehnten die Beratung des sozialdemokratischen Antrags ab.

# Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

## Die historischen Vorbilder.

SPD. Der Naziprinz August Wilhelm hat in Münster eine Wahlrede für die Nationalsozialisten gehalten, die auf völligen Mangel an Intellekt schließen lässt. Er hat dabei deklamiert, dass die alte Sauberkeit im Staate wieder einziehen müsse. Der Naziprinz will offenbar den Sinn des Volkes für seine grossen hohenzollerschen Vorbilder wieder wecken. Wir wollen ihm dabei behilflich sein, indem wir ihn an seinen Vorfahren Friedrich Wilhelm II. erinnern. Die Zeitgenossen dieses Königs in Preussen sprachen nur mit schlecht unterdrückter Verachtung von diesem Günstling auf dem Königsthron, dessen ausschweifendes Leben schon als Prinz das Tagesgespräch von Berlin und Potsdam war. Die Weiber regierten ihn, der Staat wurde zugrunde gerichtet, und Friedrich Wilhelm II. sank bald zu einem Gegenstand der allgemeinen Verachtung herab. Er betrog seine Frau mit von der Strasse aufgelesenen Strassendirnen. Sie revanchierte sich, indem sie ihre Gunst Kutschern und Bedienten verschwenderisch schenkte.

Seine Hauptmaitresse war die Enke-Rietz, die in späteren Jahren als Kupplerin des Hohenzollern Friedrich Wilhelm II. ihm weitere Maitressen zuführte. Die Maitressen und ihre Kinder wurden versorgt auf Kosten des Staates. Wie der König, so trieb es der Adel. Die Fäulnis im Adel suchte ihresgleichen selbst zur Zeit Ludwig XV. Der Hof ging in allem, was nur Luxus, Verschwendung, Üppigkeit, Liederlichkeit und Hintansetzung aller Sittlichkeit war, voran. Die Günstlinge des Königs bereicherten sich, wo sie nur konnten. Nach der zweiten Teilung Polens fielen die Günstlinge wie die Heuschrecken über Südpreußen her. Der allmächtige Minister Bischofswerder, der mit der Hauptmaitresse des Königs gemeinsame Sache machte, der Major Zastrow, der Fürst Hohenlohe, ein Herr von Tresckow, der Reichsgraf von Lüttichau waren Hauptempfänger der in Südpreußen verteilten Güter. Bischofswerder selbst betrieb Güterhandel im grossen im Posenschen, und mit ihm andere feudale Junker, die auf solche Weise ihre Ahnenschilder vergoldeten.

Man muss bis in diese Zeiten zurückgehen, um zu erkennen, wie die Macht des ostelbischen Junkertums entstanden ist, das sich heute wieder als den Inbegriff der Nation preist! Die Beschäftigung mit der preussisch-deutschen Geschichte kann dem deutschen Volke nur nützlich sein. Wenn Hohenzollern, wie der Naziprinz Auwi, über die alte Sauberkeit im Staate deklarieren, so wollen wir ihnen gründlich zeigen, wie es mit der Sauberkeit unter den Hohenzollern bestellt war!

Franz von Seldte.

Die sogenannte schwarzweissrote Kampffront hat sich im Berliner Sportpalast vorgestellt. Der Stellvertreter Hugenbergs in der Führung der Deutsch-nationalen Volkspartei, Herr von Winterfeldt, begrüßte die anwesenden schwarzweissroten Reichsminister und stellte sie vor: Herr Franz von Papen, Herr Franz von Seldte. Durch die Nähe des Herrn Franz von Papen ist der gut bürgerliche Selterswasserfabrikant Franz Seldte plötzlich auch ein Herr von geworden! Ein falscher Zungenschlag, aber ein sehr bezeichnender! Wir sind in Deutschland wieder glücklich so weit, dass man sich Reichsminister kaum mehr ohne das adlige "von" vorstellen kann. Herr von Papen, Herr von Neurath, Herr von Eltz-Rübenach, Graf von Schwerin-Krosigk - klingt es da nicht ganz stilecht,

wenn es weitergeht: Herr Franz von Seldte? Der Herr von Winterfeldt hat mit seinem falschen Zungenschlag nur zu deutlich gezeigt, wofür er das derzeitige Reichskabinett ansieht!

Wann werden die Juden gehängt?  
-----

Die Völkischen um Wulle rechnen den Nationalsozialisten vor, was für schöne Dinge im nationalsozialistischen Programm enthalten sind, die jetzt nicht durchgeführt werden. Sie zitieren den Punkt 23, in dem es heisst, dass sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Nicht-Juden sein müssen und dass jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Juden gesetzlich verboten werden müsse. Das Blatt Wulles "Deutsche Nachrichten" No.7 fährt höhrend fort: "Wir haben nicht den Eindruck, als ob Mosse und Ullstein besonders aufgeregt sind. Wir haben auch nicht den Eindruck, dass die Scherlpresse, in der allenthalben Nichtdeutsche tätig sind, Angst vor der Ausweisung ihrer Redakteure hat." Das letztere ist eine nette Anspielung. Denn noch im Mai 1932 zählte das Mitteilungsblatt des Gaus Berlin der NSDAP die Namen der Redakteure der Scherlpresse des Herrn Hugenberg auf: Tannenbaum, Breslauer, Rosenthal, Lewi, Salinger, Proskauer, Lasker, Löwenthal, Lissauer, Preuss und dergleichen.

Das Wulleblatt fragt höhrend: Wann werden die Juden hinausgeschmissen? Ach ja: Wann werden alle die Versprechungen verwirklicht, die die Nationalsozialisten einstmals gemacht haben? Noch nie ist demagogische Verlogenheit so kräftig entlarvt worden, wie es jetzt der Demagogie der Nationalsozialistischen Partei geschieht!

Nur nicht erinnern.  
-----

Die "Lippesche Landeszeitung" hat die nationalsozialistischen Programmpunkte ernst genommen. Das nationalsozialistische Programm verlangt die Verstaatlichung der Banken und des Kreditwesens. Der nationalsozialistische Ministerpräsident von Oldenburg hat dies Programm so verwirklicht, dass er ausgerechnet die kommunalen Sparkassen auf das Land übernahm. Die "Lippesche Landeszeitung", ein braves rechtsbürgerliches Organ, glaubte das Gras wachsen zu hören und gab der Vermutung Ausdruck, dass die nationalsozialistische Regierung von Lippe einen ähnlichen Schritt unternehmen werde. Auf diese zahme Vermutung hin erhielt sie von der nationalsozialistischen Landesregierung in Lippe eine Verwarnung und Verbotsandrohung, weil sie lebenswichtige Staatsinteressen gefährdet habe. Nun klagt sie: "Wie konnten wir ahnen, dass die Durchführung eines nationalsozialistischen Programmpunktes als eine Gefährdung lebenswichtiger Staatsinteressen aufgefasst werden könnte." Man ahnt eben gar nicht, wie peinlich es den Nationalsozialisten ist, an das erinnert zu werden, was sie vor wenigen Wochen selber gesagt und geschrieben haben! Wann wird erst eine Zeitung verboten werden, weil sie es wagt, daran zu erinnern, dass sich die Partei des Herrn Hitler einmal Nationalsozialistische Arbeiterpartei genannt hat?

Eine Patentmedizin.  
-----

Die Knebelung der Presse genügt den Nationalsozialisten noch nicht. Im "Reichswart" des Grafen Reventlow wird die folgende Patentmedizin empfohlen: "Man sollte auch erwägen, anstelle des Verbotes einer verräterischen Linkszeitung diese auf ein halbes Jahr unter dem eigenen Kopf, jedoch mit Text und Inhalt eines nationalsozialistischen Blattes erscheinen und den Lesern zu stellen lassen." Da würde dann im "Vorwärts" zu lesen sein: "Wir wollen unseren Kaiser wieder." In der "Roten Fahne": "Heil Adolf Hitler", in der "Germania": "Los von Rom!" Das möchten sie gern! Die Burschen, die solches empfehlen, haben niemals auch nur einen Hauch freiheitlicher Gesinnung verspürt!

# aus aller Welt

Amerikas Reklamekönig gestorben.

Der Mann mit dem "unsichtbaren Fisch."

SPD. New York, Mitte Februar (Eig. Ber.)

In New York ist einer der populärsten Männer auf dem Gebiete der Propaganda gestorben: Harry Reichenberg. Die enorme Verbreitung der Hollywood-Filme über die ganze Welt ist nicht zuletzt seinen erfinderischen Reklamefeldzügen zu verdanken. Er war ein Selfmademan, hatte von ganz unten angefangen und mit der Zeit es zu einem ansehnlichen Vermögen gebracht. Seine Haupttätigkeit hatte er auf die Filmbranche verlegt, verschmähte es aber nicht, gelegentlich auch anderen Industrien beizuspringen. In den letzten Jahren seiner Tätigkeit liess er sich besser bezahlen als der teuerste Filmstar. Er verdiente mehrere tausend Dollar wöchentlich.

Vom Anfang seiner Karriere gibt es eine hübsche Anekdote. Eines Tages empfing Reichenberg den Besuch eines Freundes, des Besitzers eines New Yorker Restaurants. Der Freund sprach viel vom schlechten Geschäft. Reichenberg hörte sich die Klage an und dachte eine Weile nach. Dann empfahl er seinem Freund vor dem Eingang in das Restaurant einen kleinen Glaskasten mit Quellwasser und folgender Inschrift darunter aufzustellen: "Das einzige Exemplar eines unsichtbaren Fisches in den Vereinigten Staaten". Der Restaurateur schüttelte verständnislos sein sorgenvolles Haupt, führte aber Harrys Rat aus. Kaum stand der Glaskasten draussen, als sich eine Menschenmenge davor ansammelte und darüber diskutierte, ob es denn überhaupt einen unsichtbaren Fisch gäbe und wenn es ihn gäbe, wo er wohl lebte. Aber in der Hitze des wissenschaftlichen Gefechts betrat man inzwischen das Lokal, bestellte eine Kleinigkeit und setzte den Disput fort. Von nun an war die Kneipe mit dem unsichtbaren Fisch ein Geschäft. Der Trick hatte sie und - Harry Reichenberg populär gemacht.

Seine Filmkarriere begann Reichenberg erst während des Krieges. Er hatte damals in Frankreich einen Film, in dem Sarah Bernard die Hauptrolle spielte, erworben. In Nordamerika hatte der Film nur einen mässigen Erfolg. Um ihm für Südamerika einen besseren zu verschaffen, liess er eines Tages in die gesamte südamerikanische Presse folgendes Telegramm einrücken: "Ankomme Dienstag in Begleitung Sarah Bernards an Bord des Red Star in Buenos Aires. Harry Reichenberg". Am Hafenkai fand sich eine Riesenmenge ein, um die weltberühmte Schauspielerin zu begrüessen. Das Schiff ging vor Anker, die Leute jubelten. Würdevoll ging Reichenberg an Land und dankte jovial für die begeisterte Aufnahme. Als aber die Menge die verehrte Schauspielerin zu sehen verlangte, erklärte der Reklamekönig, es handele sich um ein Missverständnis. In seinem Telegramm wäre mit dem Worte "Sarah Bernard" der gleichnamige Film gemeint gewesen... Erst tobte die Menge, dann lachte alles mit Harry mit. Dieser seltsame Start brachte dem Film einen guten Erfolg.

Man erzählt sich in Amerika ferner eine reizende kleine Anekdote, die zu beweisen scheint, dass Reichenberg auch ein Mensch von gutem Herzen gewesen ist. Eines Tages kam ein armer, begabter, aber bisher nur in kleinen Rollen beschäftigter Schauspieler zu ihm. Er klagte dem Reklamekönig sein Los, unter dessen wirtschaftlichem Druck nicht nur er, sondern auch Frau und Kind leide. Reichenberg nahm ein Säckchen mit Kupfermünzen in die Hand und führte den armen Teufel zum Leiter eines der grössten Filmkonzerne. Unterwegs liess er wiederholt

Kupfermünzen zur Erde fallen. Bald folgten einige Buben dem geldspendenden Zug, schliesslich eine ganze Schar von Männern und Frauen, die an dem Segen teilhaben wollten. Als Harry mit seinem Schützling das Büro des Filmgewaltigen betrat, staute sich draussen die Menge und jubelte - in Erwartung weiterer Spenden. Reichenberg führte den Generaldirektor ans Fenster, deutete auf die Menge und sagte: "Der Jubel des Volkes gilt diesem Manne hier. Schliessen Sie mit ihm einen langjährigen Vertrag ab und Sie werden auf Ihre Kosten kommen." Es kam denn auch zum Vertrag; heute ist der kleine unbekannte Schauspieler einer der am besten bezahlten in Hollywood. Und wenn diese Anekdote nur ein Märchen sein sollte, so ist es jedenfalls doch gut erfunden...

Nicht erfunden ist aber die merkwürdige Geschichte vom Aufstieg des Filmstars Clara Bow. Der Ruhm der Künstlerin ist das Produkt einer Wetter. Als eines Tages ein Amerikaner Reichenbergs unbegrenztes Erfolgsvermögen anzweifelte, erklärte der Geschmähte: er sei bereit, eine sehr hohe Summe zu zahlen, wenn es ihm nicht gelänge, aus einem unbekanntem jungen Mädchen, das er allerdings für begabt halte, binnen kurzer Frist einen Filmstar zu machen. Harry Reichenberg gewann.

A. Ny.

+ + +

"Holl lebt nicht mehr". Die Mordinspektion der Berliner Kriminalpolizei forscht zurzeit nach dem Verbleib des seit dem 20. Juni 1930 spurlos verschwundenen 50jährigen Bauarbeiters Karl Holl. Wie festgestellt wurde, erschien Ende 1930 ein unbekannter Mann an der Rentenkasse der Berliner Verkehrs-Gesellschaft, um die für den beim Untergrundbahnbau schwer verunglückten Holl ausgesetzte Rente abzuholen. Die BVG zahlte dem Unbekannten jedoch nichts aus. Die inzwischen bei der Vermisstenzentrale eingereichte Anzeige führte zu keinem Erfolg. Die Mordinspektion nahm sich der Sache an, nachdem in einem Briefkasten am Stettiner Bahnhof bei der Leerung ein Zettel mit folgendem Text gefunden worden war: "Karl Holl lebt nicht mehr. Er wurde ermordet und seine zerstückelte Leiche am Stössensee vergraben". Nachgrabungen in der Umgebung des Stössensees hatten bisher kein Ergebnis. Hingegen ist bekannt geworden, dass ungefähr vier Wochen nach Holls Verschwinden, sich ein Arbeiter namens Wendorf, auf den genau die Beschreibung des Renteninteressenten bei der BVG-Kasse passt, in seiner Wohnung vergiftet hat. Wendorf war ein Bekannter der Ehefrau Karl Holls.

+ + +

Erwin Schaaf +. Der 25 Jahre alte deutsche Schwergewichtsmeister Erwin Schaaf ist im New Yorker Krankenhaus gestorben. Schaaf war vor einigen Tagen von seinem Gegner Carnera so heftig k.o. geschlagen worden, dass er zu Boden stürzte und sich eine Gehirnerschütterung zuzog, der er jetzt erlag.

+ + +

Das grosse Los! In der Dienstag-Ziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde auf Los Nr. 367374, das in der ersten Abteilung in Achteln in der Provinz Brandenburg, in der zweiten in Achteln in Berlin gespielt wird, der Hauptgewinn von 500 000 Mark gezogen.

+ + +

Um Lomers Liebe. Der Wiener Burgschauspieler Alfred Lomer ist in Haft genommen worden. Lomer, der im Rollenfach des jugendlichen Helden auftrat, ist der Schwarm zahlloser junger Wienerinnen. In einem Mädchengymnasium hatte sich sogar ein Lomer-Geheimbund gebildet, dessen Mitglieder auf alle mögliche Weise trachteten, sich ihrem Ideal zu nähern. Es ist nun die Beschuldigung laut geworden, dass es in Lomers Wohnung zu unerlaubten Zärtlichkeiten gekommen sein soll. Der angegriffene Schauspieler bestreitet, sich strafbar gemacht zu haben, erklärt, dass er sich der Zudringlichkeiten der jungen Mädchen kaum mehr hätten erwehren können, und bezeichnet die gegen ihn erhobenen Vorwürfe als erotische Phantasieprodukte verwirrter Jungmädchenseelen.

+ + +



Wolf-Kienle-Nachspiel. Der bekannte Rechtsgelehrte Dr. Willi Hellpach in Heidelberg bezeichnete in einer medizinischen Zeitschrift die Begründung, mit der die Stuttgarter Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen die wegen Verletzung des § 218 des Strafgesetzbuchs angeklagten Dr. Friedrich Wolf und Frau Dr. Kienle eingestellt hat, als "keine befriedigende Erledigung" vom Standpunkt des "öffentlichen Rechtsbewusstseins" aus. Er legte deshalb der württembergischen Justizverwaltung "eindringlich ans Herz", zu dem Einstellungsbeschluss noch "etwas Befriedigenderes" zu veröffentlichen als bisher geschehen sei. Professor Dr. Hellpach weist darauf hin, dass es sonst tatsächlich so aussehe, als ob dieser Prozess möglicherweise schon mit Rücksicht auf die mit ihm verwickelten "gesellschaftlichen" Kreise eingestellt worden sei, wie das Gerücht behauptet.

Auf diese Ausführungen erwidert Dr. Friedrich Wolf in einem Stuttgarter Blatt u.a.: "Ich habe den Kampf gegen den § 218 und für die "gemischte soziale medizinische Indikation in der Voruntersuchung entschieden und offen geführt. Ich war bereit, auch im Verlauf der Hauptverhandlung diese meine Ueberzeugung zu vertreten. Die Staatsanwaltschaft nennt nach dem Ausscheiden der Kollegin Kienle ihre sachlich prozessualen Gründe, die sie zur vorläufigen Einstellung des Verfahrens veranlassten. Dass Kollege Hellpach ohne Kenntnis der Akten päpstlicher sein will als der Papst und gerade heute so eifrig nach dem Staatsanwalt ruft, spricht wohl kaum für seine Objektivität. - Ich möchte nicht immer wiederholen, dass ich ein Gegner der Abtreibung, aber ein Befürworter der Geburtenregelung bin; dass für mich die Unterbrechung der Schwangerschaft in der heutigen Zeit der Millionen Erwerbslosen als soziale medizinische Indikation lediglich das letzte Mittel ist, die "ultima ratio", wenn die Geburtenregelung versagte... Zur "Fama" des Prozesses und seiner "in ihn verwickelten gesellschaftlichen Kreise" habe ich mich heute noch nicht zu äußern. So viel aber sei gesagt: das Gros der Hilfesuchenden waren Angestellte und Arbeiterinnen. Das geht schon daraus hervor, dass ich von 60 mir zur Last gelegten Fällen 19 völlig unentgeltlich behandelte, den Rest nur zu geringen Sätzen. Auch dies ergab die Voruntersuchung".

+ + +  
"Sieben Provinzen" Film. In Russland wurden im Auftrage der Sowjetregierung die Vorarbeiten zu einem Film, der das Schicksal des vor einigen Tagen bombardierten indonesischen Panzerkreuzers "Die sieben Provinzen" zum Gegenstand hat, in Angriff genommen.

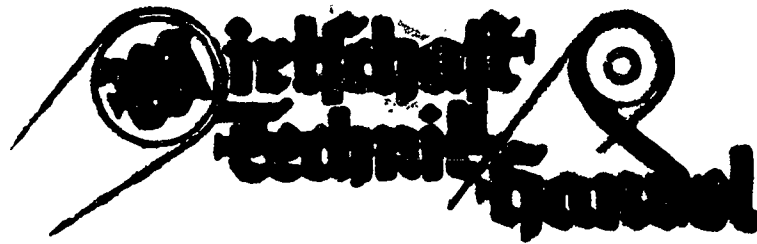
+ + +  
Ende des Unmenschen. Das Schöffengericht Hildesheim verurteilte den Schneider Koch, der seinen dreijährigen Sohn Karl-Heinz mit einem Militärkoppel derart geschlagen hat, dass das Kind an den Folgen verstarb, zu fünf Jahren Zuchthaus. In der Nacht zum Dienstag hat sich Koch in seiner Zelle erhängt.

+ + +  
Friedrich M. Kircheisen †. In Hermsdorf bei Berlin verstarb im Alter von 55 Jahren der bekannte Napoleonforscher Friedrich M. Kircheisen.

+ + +  
Unglück der Nacht. In der Nähe von Hofgeismar Bezirk Kassel lief ein durch den Scheinwerfer eines Motorrads geblendetes Reh in die Maschine. Der Fahrer, ein Tischlermeister aus Harlerück, kam zu Fall und verunglückte tödlich.

+ + +  
Talsperrenunglück. In der spanischen Provinz Granada wurden 16 bei einem Talsperrenbau beschäftigte Arbeiter durch einen 450 Tonnen schweren Erdblock verschüttet. Sechs Arbeiter wurden getötet, zehn zum Teil schwer verletzt.

-----



---

## Protest des Mittelstandes.

-----  
Gegen die Zollerhöhungen des Hitlerkabinetts.

SPD. Es ist eine alte Erfahrung, dass schliesslich alles anders kommt, als man sich das vorher gedacht hat. Allem Anschein nach wird Handwerk und Handel diese Erfahrung jetzt mit der Regierung Hitler - Hugenberg machen müssen. Jedenfalls liegen aus Kreisen des Handwerks und des Handels Aeusserungen vor, aus denen das Gefühl der Enttäuschung spricht.

Da ist einmal die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. Das ist die Spitzenorganisation der deutschen Einzelhändler, in der, nach dem Austritt des Warenhausverbandes und der Organisationen der Filialbetriebe, mittelständlerische Scharfmacher das grosse Wort führen, die stark mit den Nationalsozialisten sympathisieren bzw. Nationalsozialisten sind. Sie machen kein Hehl daraus. Diese Leute sind von der Zollerhöhung für Fett und Fleisch, die die Regierung Hitler vorgenommen hat, stark überrascht worden. Jetzt protestieren sie in einem Rundschreiben an die Presse, in dem sie feststellen, dass besonders die Schmalzzollerhöhung "eine neue schwere Belastung gerade der minderbemittelten Bevölkerungsschichten bedeutet, die zu einer Abnahme des Fettverbrauchs führen muss". Weiter wird festgestellt, dass der Landwirtschaft durch solche Massnahmen nicht geholfen wird. Obwohl sich das mittlerweile in Deutschland herum gesprochen hat, ist es immer gut, wenn auch eine Spitzenorganisation, deren Mitglieder zum grössten Teil wohl den Nationalsozialisten nahestehen, solche Feststellungen trifft.

Aber noch etwas anderes! Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels beklagt sich, dass sie vor der Erhöhung der Zölle für Vieh, Fleisch und Schmalz überhaupt nicht gehört wurde, trotzdem sie bereits bei Erörterung des Beimischungszwangs für Margarine in Gemeinschaft mit dem Reichsverband des Deutschen Handwerks ein Schreiben an den Reichslandwirtschaftsminister gerichtet hat, in dem die beiden genannten Verbände betonten, "dass solche für den Absatz an den Verbraucher wichtigen Fragen nicht ohne ausführliche Erörterungen mit den Vertretungen der Verbraucher sowie derjenigen Wirtschaftsprüfungsgruppen erfolgen dürfen, die diese Ware vorzüglich dem Konsum vermitteln". Die Forderung des Handels und des Handwerks, bei Entscheidung solcher wichtigen Fragen gehört zu werden, ist verständlich. Solche Fragen dürfen nicht nach politischen Stimmungen und politischen Bedürfnissen, sondern müssen sachlich und objektiv entschieden werden. Daher ist es ratsam, die beteiligte Wirtschaft zu hören. Das war zurzeit als die Marxisten noch Einfluss auf die Regierung hatten, ganz selbstverständlich. Heute erzählen uns Handwerk und Handel, dass das nicht mehr der Fall und dass man von der guten, alten Übung abgewichen ist. Wie weit man die andere Seite, die grossagrarisches Interesse, gehört hat, wissen wir leider nicht. Wir können uns denken, dass die nationalsozialistische Hochspannung in der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels durch ihre ersten Erfahrungen mit der Regierung Hitler einen kleinen Dämpfer erhalten hat.

Im Handwerk sind es besonders die Metzgermeister, die an den Vieh=

Fleisch= und Schmalzzöllen das bekannte Haar in der Suppe finden. Die "Allgemeine Fleischerzeitung" veröffentlicht einen sehr instruktiven Aufsatz des Obermeisters der Flensburger Schlächterinnung Carl Jensen. Jensen stellt fest, dass die Rindereinfuhr im Jahre 1932 nur 14,5 Millionen Mark betragen hat. Schafe sind im verflorenen Jahre nur im Werte von 650 000 Mark eingeführt worden. Die Schweineinfuhr betrug nur 200 000 Mark (wörtlich: zweihunderttausend Mark). Die Einfuhr aus dem Auslande, so fährt Jensen fort, habe nur einen verschwindend geringen Prozentsatz des inländischen Gesamtverbrauchs ausgemacht. Eine Erhöhung der Inlandspreise durch die neuen Zölle sei kaum zu erwarten; vielleicht werde infolge "weiterer Enthaltbarkeit der Verbraucher" das Gegenteil eintreten. Für diese angeblichen und Scheinvorteile tausche man aber handelspolitisch ernste Nachteile ein. Die Zölle würden sich als eine Unfreundlichkeit gegenüber den guten Kunden unseres Handels und unserer Industrie, wie es Dänemark, Holland und Schweden sind, auswirken und zweifellos einen Rückgang an Aufträgen aus diesen Ländern im Gefolge haben. Was das für unsere Industrie und für den Arbeitsmarkt bedeutet, brauche er, Carl Jensen, nicht erst auszuführen. Der Landwirtschaft werde aber dadurch nicht geholfen. Was helfen könne, um eine Besserung der Viehpreise am Inlandsmarkt zu erzielen, sei nur eine Vermehrung der Kaufkraft der Konsumenten, nicht zuletzt die sofortige Abschaffung der Schlachtsteuer, die besonders auf die Viehpreise drückt.

Handel und Handwerk kommen recht spät zu ihrer Erkenntnis. Es wäre ratsam gewesen, dass beide Wirtschaftsgruppen diese Erkenntnis schon früher geäußert hätten. Handwerkern und Händlern wäre manche böse Erfahrung erspart geblieben.

-----

SPD. Die Regierung Hitler hat eine ganze Reihe von Zollbindungen, die im deutsch-französischen Zusatzabkommen vom Dezember 1932 vorgesehen sind, zum 1. März gekündigt. In Frage kommen: Grassaaten, Oele, Heu, Rosen-, Rot- und Wirsingkohl, Zwiebeln, Kopfsalat, Speisebohnen, Erbsen, Karotten, Blumenzwiebeln; Beeren, Tafelkäse, geschälter Reis und schliesslich Baumwollwaren. Von französischer Seite wird der von dieser Kündigung betroffene Export nach Deutschland mit rund 34 Millionen Franken, das sind 5 bis 6 Millionen Mark, angegeben. Die Regierung Hitler lässt also der Vieh-, Fleisch- und Schmalzerhöhung eine zweite Zollerhöhung folgen, deren grundsätzliche Bedeutung ohne Zweifel viel wichtiger ist als die finanzielle Auswirkung.

Die von der Regierung Hitler vorgenommene Kündigung erfolgt, wie bereits bemerkt, auf Grund des deutsch-französischen Zusatzabkommens von 1932, das erst vor einigen Wochen durch die Praktiker des deutschen Reichswirtschaftsministeriums mit vieler Mühe erzielt worden ist. Dieses Zusatzabkommen sieht eine 14tägige Kündigung vor; jedoch haben beide Regierungen die Pflicht, in Verhandlungen einzutreten, um einen Ausgleich zu suchen. Diese Verhandlungen sind bereits durch Frankreich beantragt worden. Sie können nur so auslaufen, dass Deutschland Frankreich Importerleichterungen für andere Waren zugesteht oder dass Frankreich mit Zollerhöhungen antwortet, die sich aber nach dem vorliegenden Abkommen im Ausmass der deutschen Zollerhöhungen halten müssen. Auf Grund der Situation in Deutschland ist darauf zu schliessen, dass Frankreich Zollerhöhungen vornehmen wird. Dabei lässt sich natürlich, angesichts der Stimmung in Deutschland, das Ende nicht absehen. Wir schliddern gewissermassen in einen Handelskrieg, bei dem wechselseitig Zollerhöhungen und Zollkündigungen vorgenommen werden, und zwar auf Kosten des deutschen Handels und des deutschen Arbeitsmarkts. Dass Deutschland dabei den Kürzeren zieht, liegt auf der Hand. Der französische Export nach Deutschland hat in den letzten Monaten höchstens 30 bis 35 % des deutschen Exports nach Frankreich ausgemacht. Weiter muss man berücksichtigen, dass die Zollkündigungen, die die deutsche Re-

gierung jetzt vorgenommen hat, auch andere Länder trifft, z.B. Holland, Belgien, Italien, die Schweiz usw.. Automatisch ergeben sich auch gegenüber diesen Ländern handelspolitische Reibungen, die unsern Export weiter reduzieren werden.

Unklar ist noch, welche Zollerhöhungen das Kabinett Hitler vorzunehmen gedenkt. Die dem Kabinett Hitler sehr nahestehende "Deutsche Tageszeitung" schreibt in ihrer Dienstausgabe, man könnte damit rechnen, dass die vorzunehmenden Zollerhöhungen über die deutschen autonomen Zölle hinausgehen werden.

Die Nachricht von den deutschen Zollkündigungen hat in der Industrie alarmierend gewirkt. Man ist hier der Auffassung, dass das Kabinett Hitler die Tendenz verfolgt, Zölle prohibitiv zu erhöhen d.h. so zu erhöhen, dass eine Einfuhr schlechterdings nach Deutschland nicht mehr möglich ist. Auf Grund dieses Tatbestandes will man dann den andern Ländern Kontingente aufzwingen. Wenn das die Absicht des Kabinetts Hitler ist, dann bedeutet das eine Durchführung der Kontingentierungspolitik des Kabinetts Papen, das mit seiner berühmten "Tomatenkommission" sich überall Körbe in Europa holte, auf Umwegen. Die Erregung in der deutschen Industrie ist also begreiflich und alle Anzeichen sprechen dafür, dass die Kontingentierung auf Umwegen eingeleitet wird. Was wird aber aus unserm Exporthandel und was wird aus jenen deutschen Angestellten und Arbeitern, die vom Export leben? Immerhin sind das Millionen von Menschen, deren Existenz bedroht wird.

Die Bevölkerung hat die Pflicht, am 5. März einmütig gegen die Schädigung und Gefährdung ihrer Existenz zu protestieren, indem sie sozialdemokratisch, Liste 2, wählt.

-----

SPD. Der Abschluss des Aussenhandels für den Monat Januar 1933 ist geeignet, alarmierend zu wirken.

Im Monat Dezember 1932 ergab der deutsche Aussenhandel noch einen Ueberschuss von 68 Millionen Mark. Im Januar 1933 ist der Ausfuhrüberschuss auf 23 Millionen Mark gefallen und erreicht damit seit Eintritt der Krise, wo sich der deutsche Einfuhrüberschuss in einen Ausfuhrüberschuss verwandelte, den tiefsten Stand. Es zeigt sich auch weiter die Entwicklung, dass unsere Ausfuhr weiter schneller fällt als die Einfuhr. Mengenmässig ist die Ausfuhr im Monat Januar um 20 % zurückgegangen, die Einfuhr dagegen nur um 10 %. Von dem Ausfuhrverlust in Höhe von 100 Millionen Mark entfallen 88 Millionen Mark auf die deutsche Fertigwarenausfuhr. Von diesen 88 Millionen Mark haben rund  $\frac{2}{3}$ , also rund 55 Millionen Mark, die europäischen Länder wie Holland, Dänemark, Schweden, Schweiz, Italien, England usw. weniger bezogen. Das sind die Länder, mit denen Deutschland in den letzten Monaten in ständiger Handelsunsicherheit gelebt hat. Hier rächen sich die Sünden der deutschen Handelspolitik, vor allem die deutschen Kontingentierungspläne, die Zollerhöhungen usw.

Die Einfuhr macht insgesamt für Januar 1933 = 367,8 Millionen gegen 422,7 Millionen Mark im Vormonat, im Dezember 1932, aus. Die Lebensmitteleinfuhr ging von 127,4 im Dezember 1932 auf 101,1 Millionen im Januar 1933 zurück, die Rohstoffeinfuhr von 231,8 auf 213,6 Millionen und die Fertigwareneinfuhr von 60,4 auf 50,8 Millionen. Dagegen ist die Warenausfuhr von 490,9 Millionen im Dezember 1932 auf 390,5 Millionen im Januar 1933 gesunken, die Lebensmittelausfuhr von 18 auf 15,6 Millionen, die Rohstoffausfuhr von 84,4 auf 74,7 Millionen und schliesslich die Fertigwarenausfuhr von 387,3 auf 299,2 Millionen Mark.

Eine Tragödie für sich ist das Sinken der deutschen Fertigwarenausfuhr, die die starke Arbeitslosigkeit in der deutschen Industrie mit erklärt. Im Januar 1932 betrug die deutsche Fertigwarenausfuhr noch 416,8 Millionen Mark,

im Monatsdurchschnitt 1931 noch 615 Millionen und im Monatsdurchschnitt 1930 noch 753,1 Millionen Mark. Wir stehen heute sozusagen an den Trümmern des deutschen Fertigwarenexports. Wie rasend schnell sich der Rückgang vollzieht, geht aus folgenden Angaben hervor: Gegenüber dem Monat Dezember 1932 sind im Monat Januar 1933 für 12 Millionen Mark Maschinen, für 11 Millionen Mark Eisenwaren, für 11 Millionen Mark Textilerzeugnisse, für 5½ Millionen Mark elektro=technische Produktion, für 5 Millionen pharmazeutische Erzeugnisse, für 4½ Millionen Mark Spielzeug, für 3 Millionen Schuhwerk usw., für 2½ Millionen Mark Glas und Glaswaren und je 2 Millionen Mark Bücher bzw. Pelze und Pelz=waren weniger exportiert worden.

So sieht die Handelspolitik der Rechtsregierungen aus. Leidtragende ist die deutsche Industrie, der deutsche Arbeiter, der deutsche Angestellte; kurz gefasst, in der letzten Konsequenz, die gesamte deutsche Wirtschaft, mitsamt der Landwirtschaft.

-----

SPD. Das Reichskabinett hat am Dienstag seine wirtschaftspolitischen Beratungen fortgesetzt.

Ueber die Milderung der Renten Kürzung hat man sich am Dienstag noch nicht unterhalten, da der dafür zuständige Reichsarbeitsminister Seldte im Saarrevier weilte. Im Vordergrund der Beratungen scheint die Frage einer Erweiterung des Vollstreckungsschutzes für die Landwirtschaft zu stehen. Hier will der Reichs=landbund, wie er in einer am Dienstag veröffentlichten Resolution betont, endlich Taten sehen. Andererseits verlangen die kleinen Handwerker und Händler, dass sie durch den Vollstreckungsschutz nicht weiter benachteiligt werden und endlich zu ihrem Gelde kommen, das ihnen die Landwirtschaft schuldet. Ein Vollstreckungsschutz zugunsten des Mittelstandes, der von den Handwerkerorganisationen gefordert wird, soll aber am Dienstag im Reichskabinett nicht beraten worden sein. Eine anderslautende Meldung beruht nach der "Berliner Börsenzeitung" auf Missverständnissen. Soweit der Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft in Frage kommt, soll dieser, ebenfalls nach Mitteilung der "Berliner Börsenzeitung", die sehr enge Fühlung zum Kabinett Hitler hat, "auf sämtliche Arten landwirtschaftlicher Betriebe, ohne Ausnahme und generell, ausgedehnt werden, sodass der Vollstreckungsschutz für den unverschuldet in Not geratenen Landwirt ohne das bisher übliche Antrag= und Beschlussverfahren gewährt werden soll; dem Gläubiger soll das Recht eingeräumt werden, den Vollstreckungsschutz anzufechten und sozusagen den Gegenbeweis zu führen."

Wenn das zutrifft, wäre das eine von jenen Massnahmen, von denen der gegenwärtige Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Bang am Freitag erklärt hat, dass sie den Kredit völlig vernichtet und der Wirtschaft den Rest gegeben hätten. Der Gläubiger, der Landwirten einen Kredit gewährt hat, wird durch eine solche Regelung glattweg degradiert. Die Rechtsunsicherheit wird derart gesteigert, dass sich jeder hüten wird, einem Landwirt noch einen Pfennig Kredit zu gewähren. Denn mit dem Nachweis, dass der Schuldner nicht unverschuldet in Not geraten sei, ist es im heutigen Deutschland eine besondere Sache.

-----

SPD. Das Tempo, mit dem sich die Kurse an der Berliner Wertpapierbörse seit einer Woche nach oben entwickeln, hat am Dienstag zum ersten Mal einen kleinen Knacks erhalten. Deutlich trat das am Aktienmarkt hervor. Hier gingen nur noch die Kurse solcher Papiere in die Höhe, von denen man annimmt, dass etwas besonderes mit ihnen los ist. So konnten Harpener noch am Dienstag von 88¼ auf 90 anziehen. I.G. Farben dagegen waren 108 nach 110; Reichsbank=

anteile 148 nach 150 und Siemenskonzern 132 $\frac{3}{4}$  nach 134 $\frac{1}{4}$ . Der Rentenmarkt hielt sich weitaus besser. Kommunalobligationen gewannen bis 1 $\frac{1}{2}$  %, landwirtschaftliche Obligationen  $\frac{1}{2}$  - 1 % und Steuergutscheine je nach Fälligkeit 1/8 bis 1/4 %.

Die Börse liess sich anfänglich von Gerüchten bestimmen, dass eine Erweiterung des landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutzes, auch für die laufenden Schulden, und eine Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes auf Handel und Handwerk geplant sei. Die Gerüchte wurden aber während der Börse noch dementiert. Sie dürften auf die endgültige Verfassung der Dienstagbörse keinen Einfluss gehabt haben. Dagegen sind wir der Auffassung, dass sich die Spekulation bereits überschlagen und übernommen hat. Jedenfalls sind am Dienstag die grossen Kaufaufträge ausgeblieben, mit denen die Spekulation rechnete. Für den ferneren Verlauf der Hausse will das natürlich nichts besagen, besonders deshalb nicht, weil die Börse vorläufig noch in sich sehr fest erscheint.

Das Reichsstatistische Amt gibt die Auswirkungen der Hausse durch folgende Zusammenstellung wieder:

Woche v. 6.-11.2.      Woche v. 30.1.-4.2.      Monatsdurchschnitt  
Januar

(Kurse in der Zeit von 1924 bis 1926 = 100 gesetzt.)

Aktienkurse	64,43	65,02	64,57
6%ige festverzinsliche Wertpapiere	78,90	80,27	80,38.

Indexmässig haben die Aktien und auch die festverzinslichen Wertpapiere den Durchschnitt des Monats Januar und auch den Stand der ersten Februarwoche nicht erreicht. Die Verluste, die der Hitlerhausse vorausgingen, sind also im Verlauf der gegenwärtigen Hausse, im ganzen betrachtet, nicht ausgeglichen.

SPD. In einer Besprechung mit den Vertretern der Organisationen des Handwerks und des Handels hat der Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg Mitteilungen über die Mittelstandspolitik des Kabinetts Hitler gemacht.

Hugenberg hat zugesagt, im Reichswirtschaftsministerium ein Staatssekretariat für den Mittelstand zu schaffen. Es handelt sich um eine alte Forderung der Mittelständler, deren Erfüllung der frühere Reichskanzler von Papen bereits vor den letzten Reichstagswahlen zusagte.

Im übrigen verwies Dr. Hugenberg darauf, das gegenwärtige Geld- und Kreditwesen des Mittelstandes zu deszentralisieren. Auch diese Versprechungen sind früher schon gemacht worden.

Im übrigen hat das gegenwärtige Kabinett Hitler und sein Reichswirtschaftsminister Hugenberg eine glänzende Gelegenheit für die Dezentralisation des Geld- und Kreditwesens und eine Leitung der Kreditpolitik zugunsten des Mittelstandes. Vor einigen Tagen hat nämlich die nationalsozialistische Regierung in Oldenburg die oldenburgischen Sparkassen mit einem Schlag zentralisiert und zu Filialen der Landesbank gemacht. Dass eine derartige Zentralisierung und Ueberbürokratisierung nicht im Interesse der oldenburgischen Sparer und des oldenburgischen Mittelstandes liegt, versteht sich von selbst. Die oldenburgischen Sparkassen haben nun eine Resolution angenommen, in der sie die Reichsregierung bitten, "Massnahmen in die Wege zu leiten, dass die Selbständigkeit der deutschen Sparkassen im Interesse ihrer 18 Millionen Sparer nicht angetastet wird". Nach den Erklärungen Hugengebgs hoffen wir ganz bestimmt, dass er dem Wunsch der Sparkassen entsprechen wird.



SPD. Ueber die Auswirkung des deutsch=schwedisches Handelskonflikts meldet unser Stockholmer Mitarbeiter:

"Im Zusammenhang mit der Nichterneuerung des am 15. Februar ablaufenden deutsch=schwedisches Handelsvertrags hat der schwedische Reichstag ohne Debatte eine Vorlage der Regierung angenommen, die eine Zollerhöhung für Importwaren aus Deutschland vorsieht. Die Zölle sollen nach dem 15. Februar auf den Stand des Jahres 1926, vor dem Abschluss des Handelsvertrages, gebracht werden. Wie stark dabei die Spitzen gegen Deutschland sind, geht daraus hervor, dass von der Zollerhöhung solche Waren nicht betroffen werden, die auch aus anderen Ländern, z.B. aus England kommen. Obwohl offiziell betont wird, dass es sich um keine gegen Deutschland gerichtete wirtschaftspolitische Massnahme handelt, sondern um eine automatische Folge der von deutscher Seite vorgenommenen Erhöhung der Zollsätze, ist eine Drosselung des deutschen Imports nach Schweden infolge der neuen Zollverhältnisse unvermeidlich und der Kampf Deutschlands gegen die englische Konkurrenz auf dem schwedischen Markt ausserordentlich erschwert. Von den für den tariflosen Zustand geltenden Bestimmungen werden in erster Linie die deutschen Handelsreisenden betroffen, da ihre im Handelsvertrag festgesetzten Vorrechte in Wegfall kommen.

-----  
Rauhfutternotierungen.  
-----  
(14. Februar)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	.....	Rh	0,50 - 0,65
" " Weizenstroh	"	Rh	0,40 - 0,50
" " Haferstroh	"	Rh	0,40 - 0,50
" " Gerstenstroh	"	Rh	0,40 - 0,50
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	.....	Rh	0,70 - 0,95
Bindfadengepresstes Roggenstroh	.....	Rh	0,50 - 0,70
" " Weizenstroh	.....	Rh	0,40 - 0,50
Häcksel	Tendenz: lustlos	Rh	1,25 - 1,45
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	.....	Rh	1,10 - 1,30
Gutes Heu, gesund und trocken	.....	Rh	1,80 - 2,10
Luzerne, lose	.....	Rh	2,25 - 2,55
Thymothee, lose	.....	Rh	2,30 - 2,60
Kleeheu, lose	.....	Rh	2,20 - 2,50
Drahtgepresstes Heu	.....	Rh	0,40 über Notiz

Tendenz: ruhig.

-----  
Buttermarkt.  
-----

SPD. Berliner Butterpreise vom 14. Februar. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 85, II. 78, abfallende Sorten 71 RM je 50 kg. Tendenz: flau.

## Stärkeres Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 14. Februar)

SPD. Das Angebot an der Berliner Getreidebörse scheint wieder stärker werden zu wollen. Am Dienstag wurden vor Beginn der Börse Weizen und Roggen um eine Mark unter den Kursen vom Montag angeboten. Im Gegensatz zu diesen Preisabflachungen lagen am Lieferungsmarkt die Notierungen fester, während sich am Promptmarkt bei kleinen Umständen keine Veränderungen ergaben.

	13. Febr.	14. Febr.
	(ab märkische Station in Mark.)	(ab märkische Station in Mark.)
Weizen	188 - 190	188 - 190
Roggen	154 - 156	154 - 156
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter- und Industrierogerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	114 - 117	114 - 117
Weizenmehl	22,50 - 25,75	22,50 - 25,75
Roggenmehl	19,50 - 21,50	19,50 - 21,50
Weizenkleie	8,00 - 8,40	8,00 - 8,30
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,60 - 8,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 204 - 205 (204 $\frac{3}{4}$ ), Mai 207 $\frac{1}{2}$  - 208 $\frac{3}{4}$  (208), Roggen März 164 $\frac{1}{2}$  - 165 $\frac{1}{2}$  (165), Mai 167 $\frac{1}{2}$  - 168 (167 $\frac{3}{4}$ ), Hafer März - bis 123 $\frac{3}{4}$ , Mai - (126).

## Berliner Viehmarkt.

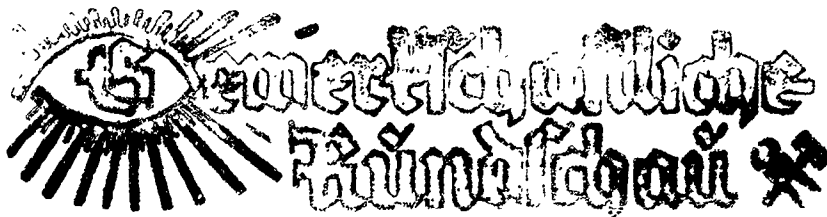
(14. Februar)

SPD. Der Verlauf des Berliner Viehmarktes war am Dienstag durchweg durch das Angebot bestimmt. Die Zufuhren waren auf allen Märkten knapp ausgefallen. So stellte sich z.B. am Schweinemarkt starker Mangel an Ware ein. Infolgedessen gab es glattes Geschäft, wobei die Verkäufer natürlich höhere Preise durchsetzen konnten.

Notierungen. Schweine: a) über 300 Pfund 40 (36), b) 240-300 Pfd. 39-40 (34-36), c) 200-240 Pfd. 38 - 40 (34-35), d) 160-120 Pfd. 35 - 38 (32-33), e) 120 - 160 Pfd. 33 - 35 (30-31), Sauen 35-37 (31-33). Schafe: a) 34-35 (33-), b) 32-33 (31-32), c) 29-30 (27-29), d) 20-28 (18-26). Kälber: b) 35 - 42 (30-37), c) 27 - 35 (23-31), d) 18-25 (18-22). Kühe: a) 24-25 (23-24), b) 20-22 (19-22), c) 17-19 (16-18), d) 12 - 16 (12-15).

## Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierungen in RM je Zentner wagnfrei märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1,15 - 1,25, Rote 1,25 - 1,35, Gelbfleischige 1,45 - 1,55, Fabrikkartoffeln 8 $\frac{1}{4}$  Rpf pro Stärkeprozent frei Fabrik.



## Tariflos - rechtlos?

### Zu den Tarifikündigungen an der Ruhr.

SPD. Der Vorstoss der Scharfmacher zur Zerstörung des Reichsarbeitsministeriums, der unmittelbar nach der Bildung der Hitlerregierung einsetzte, ist - weil plötzlich noch einmal Reichstagswahlen anberaumt wurden, für den Augenblick zum Stillstand gekommen. Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben. Nach den Wahlen wird die Brechstange wieder angesetzt werden. Bestünde keine Gefahr mehr, dann hätte es der Reichsarbeitsminister nicht nötig, ausdrücklich vor der Öffentlichkeit zu erklären, er sei kein Feind des Arbeits- und Tarifrechts. Bestünde keine Gefahr mehr, dann hätten es auch die Stahlhelmorgane, wie z.B. die Kreuzzeitung, nicht nötig, ausdrücklich gegen eine Zerschlagung des Reichsarbeitsministeriums Front zu machen.

Alle Beruhigungsversuche ändern nichts an der offenkundigen Tatsache, dass der Vorstoss der Scharfmacher gegen das Reichsarbeitsministerium ein Stück einer ganz bestimmten Marschroute darstellt. Bei diesem Vorstoss handelt es sich nicht um eine technische Umorganisation der Ministerien, sondern um etwas ganz anderes: um die Zerschlagung des Tarifgedankens. Die Kündigung der Tarifverträge im Ruhrbergbau und der Vorstoss zur Zerschlagung des Reichsarbeitsministeriums stehen in einem inneren Zusammenhang. Die Schwerindustrie will einen tariflosen Zustand herbeiführen, sie will Ellbogenfreiheit haben. Sie fühlt sich beengt und behindert, solange es noch im Reichsarbeitsministerium eine Lohn- und Arbeitsrechts-Abteilung gibt. Die Kündigungsaktion des Zechenverbandes kann auch mit rein wirtschaftlichen Argumenten kaum begründet werden. Der Zechenverband will mehr als nur eine neue Verschlechterung der Löhne. Entscheidend ist für ihn Wiederherstellung der völligen Bewegungsfreiheit der Zechenherren.

Die "Bergbauindustrie", das Organ des freien Bergarbeiterverbandes, erinnert im Zusammenhang mit der Kündigung der Tarife durch den Zechenverband an die Rede, die Dr. Brandt anlässlich der Tagung des Bergbauvereins und des Zechenverbandes am 10. Mai 1931 gehalten hat. Damals führte Brandt u. a. aus: Man mache die deutsche Wirtschaft endlich wieder frei. Und man gebe dem deutschen Bergbau wieder die alte Freiheit. Man mache ihn wieder frei von der Lohnzwangswirtschaft und einem als unheilvoll erkannten Schlichtungswesen. In heutiger Not ist kein Raum mehr für staatliche Lohnpolitik.

Wenn es nach den Wünschen der Zechenherren geht - betont die "Bergbauindustrie" - werden Schiedssprüche überhaupt nicht mehr gefällt und verbindlich erklärt. Die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden voelmehr dem freien Kräftespiel überlassen. Diese Vermutung ist umso naheliegender, weil die Deutsche Bergwerkszeitung bei dem Zustandekommen der Hitlerregierung ganz offen erklärte, die Arbeiterschaft könne in Zukunft nicht mehr in dem bisherigen Mass bei Tarifkonflikten auf die staatliche Hilfsstellung rechnen. Offenbar stützt das Organ der Grubenherren seine Hoffnungen vor allem darauf, dass Hugenberg Reichswirtschaftsminister geworden ist. Er hat auf der gleichen Tagung des Zechenverbandes als Wortführer des grosskapitalistischen Unternehmertums wörtlich folgendes erklärt:

"Meine sehr verehrten Herren! Was kann und darf der verparlamentarisierte und halbsozialisierte Unternehmer von heute noch tun? Er darf Zechen schließen, Fabriken schliessen, deutsche Werkstätten und andere Unternehmungen an das Ausland versetzen oder ungeheure Steuern und tote Lasten aufbringen und sich darüber mit den Finanzämtern auseinandersetzen. Er darf Feierschichten verfahren lassen und mit dem Staat und anderen marxistischen oder halbmarxistischen Organisationen um die Erhaltung des Restes der Wirtschaft kämpfen - kurz: ein Dasein voller produktiver Lebensfreude."

Nach diesen Auslassungen - betont die "Bergbeuindustrie" müssen die Bergarbeiter annehmen, dass Hugenberg den Wünschen des Zechenverbandes weitgehend Rechnung trägt. Endlich wäre also der Zeitpunkt gekommen, wo man den tariflosen Zustand herbeiführen kann. Praktisch ist dieses Ziel verhältnismässig einfach zu erreichen. Beide Tarifverträge sind gekündigt, und da erfahrungsgemäss eine Vereinbarung zwischen den Tarifparteien über wesentliche Streitfragen schlecht möglich ist, braucht man nur in dem schwebenden Tarifkonflikt von Schiedssprüchen abzusehen oder diese nicht für verbindlich zu erklären, und das reaktionäre Unternehmerziel: der tariflose Zustand, ist erreicht.

Nicht nur die Ruhrbergarbeiter und nicht nur alle deutschen Bergarbeiter, sondern die gesamte Arbeiterschaft muss für den 5. März, für den Wahltag, und darüber hinaus alle Kräfte mobilisieren. Tarifrecht ist Menschenrecht. Tariflosigkeit ist der Anfang, Rechtlosigkeit das Ende.

-----

SPD. Die "Gewerkschaft", das Organ des Gesamtverbandes, ist mit ihren Kopfblättern auf Grund des § 9 Absatz 1 Ziffer 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Februar 1933 und in Verbindung mit den §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuches bis zum 26. März verboten worden. Das Verbot erfolgte wegen eines "Eingesandt" aus Kollegenkreisen in Nr. 6 der "Gewerkschaft" vom 11. Februar.

+

Die Werbeaktion des Gesamtverbandes hat in den letzten Monaten überaus erfreuliche Resultate gezeitigt. Die Ortsverwaltung Berlin konnte bis Ende Januar 4 356 Neuaufnahmen verzeichnen, Hamburg 1 800, Rheinland 860 (darunter Köln 533) München 675, Bremen 286. Vier Orte und ein Bezirk verzeichnen 8 000 Neuaufnahmen. Die Gesamtzahl der Neuaufnahmen seit Beginn der Werbeperiode beträgt über 14 000.

Der Gesamtverband befindet sich im Aufstieg - trotz alledem und alledem.

-----

SPD. Die Gelben schicken sich an, jetzt auf der ganzen Linie ihre Anerkennung als wirtschaftliche Arbeitnehmervereinigung im Sinne der Sozialgesetzgebung zu erzwingen. Sie wollen in den sozialen Körperschaften ihre Wahl- und Zersetzungsarbeit schärfer als bisher fortführen. Die Arbeitergruppe des Pommerschen Landbundes fordert eine Vertretung im Verwaltungsausschuss des Landesarbeitsamts Pommern. Im Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist deshalb ein schwerer Konflikt ausgebrochen. Arbeitgeber, Behördenvertreter und der stellvertretende Vorsitzende der Reichsanstalt, stehen gegen die Gewerkschaften. Diese sind selbstverständlich gegen eine Anerkennung der Gelben und also auch gegen ihre Vertretung im Verwaltungsausschuss des Landesarbeitsamts Pommern. Eine Erfüllung der Forderung der Gelben würde die Parität zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern völlig aufheben; denn bei allen Abstimmungen würden die Arbeitgeber zusammen mit dem Vertreter der landbündlichen "Arbeitergruppe" über-

wiegen.

Die Vertreter der Gewerkschaften im Vorstand der Reichsanstalt lehnten es ab, an einem Beschluss mitzuwirken, der den Grundgedanken des Gesetzes, die Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, vernichtet. Die letzte Entscheidung liegt bei dem Reichsarbeitsminister. Wird Herr Seldte noch vor den Wahlen seine Entscheidung treffen? Eine Entscheidung zu Gunsten der Gelben wäre eine Entscheidung gegen die Gewerkschaften; denn gelbe, von den Unternehmern abhängige, Organisationen, sind nun einmal keine Gewerkschaften.

---

SPD. Auf der Jahreskonferenz des freigewerkschaftlichen Bergbauindustriearbeiterverbandes in Neunkirchen (Saargebiet) wurde über die französische Günstlingswirtschaft im Saarbergbau lebhaft Klage geführt. Die Konferenz forderte in einer Entschliessung, dass Neuanlegungen von Arbeitskräften nicht nach Gunst erfolgen. Viele Bergarbeiterfamilien hätten zwei und drei Söhne, die arbeitslos seien; diese würden aber bei den Neuanlegungen nicht berücksichtigt. Dagegen bevorzuge man die Kinder von Saarbündlern und Freunden der französischen Schule.

Die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes wurde beauftragt, bei der Bergwerksdirektion entsprechende Schritte zur Abstellung dieses Unrechts zu unternehmen.

---

SPD. In Polnisch-Oberschlesien beschloss der unter sozialistischer Führung stehende Zentral-Bergarbeiterverband, am 1. und 2. März als Protest gegen die neuen Lohnabbaupläne der Unternehmer in der gesamten Montanindustrie Ostoberschlesiens, Krakaus und des Dombrowareviere einen zweitägigen Generalstreik durchzuführen. Dem Beschluss des Zentral-Bergarbeiterverbandes haben sich auch die übrigen Bergarbeiterverbände, ja sogar der unter Regierungseinfluss stehende Verband, angeschlossen.

Die Unternehmer, die mit Wirkung ab 1. März die Tarifverträge gekündigt haben, fordern für den Bergbau eine Lohnkürzung um 15%, für die Hüttenindustrie eine solche um 25% und darüber hinaus Verschlechterung des Urlaubs wie der Kohlendeputatlieferungen. Der Zentral-Bergarbeiterverband verlangt Einführung der 36-Stundenwoche ohne Lohnkürzung und Verstaatlichung der Gruben.

---

SPD. Ein Veteran der französischen Gewerkschaftsbewegung, der beigeordnete Sekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Jules Lapierre, ist im Alter von fast 60 Jahren in Versailles gestorben. Lapierre war von Beruf Metallarbeiter. Seine besondere Leistung ist nach der Schaffung des Landesausschusses der Gewerkschaften die Organisation der Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Departementsverbänden. Lapierrés Sohn ist Generalsekretär des französischen Lehrer-Gewerkschaftsverbandes.

---